

Die Reichsverweserschaft Erzherzog Johanns und die österreichische Frage im Frankfurter Parlament¹

Von ANTON ADALBERT KLEIN

Die deutsche sowie die österreichische Revolution von 1848/49 waren Teile einer großen Bewegung, die mit Ausnahme Englands und Rußlands alle großen Länder Europas erfaßt hat und den Abschluß der politischen Ideenentwicklung der ersten Jahrhunderthälfte bildete. Diese Bewegung wurde hauptsächlich von drei Ideen bestimmt: vom Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der bereits seit 1789 mit der Idee des Nationalstaates unlöslich verbunden war, und der sozialen Forderung der unteren Volksschichten, denen die formale Rechtsgleichheit im Zeitalter des aufsteigenden Kapitalismus und der wachsenden Großindustrie nicht mehr genügen konnte. Aber wenn auch in allen Ländern, die von der Revolution erfaßt wurden, die gleichen Ideen wirksam waren, so schufen diese doch überall eine verschiedene Problematik. Der deutschen und der französischen Revolution war zwar die Entfaltung der liberalen und demokratischen Kräfte gemeinsam, aber in der nach der nationalen Einheit gegen die Überlieferung einzelstaatlicher Zersplitterung drängenden deutschen Revolution stand die nationale Frage entscheidend im Mittelpunkt. Die Tragik, die das Fehlschlagen dieses großen Freiheits- und Einheitskampfes der Völker — von einer höheren, allgemein menschlichen Warte aus betrachtet — bedeutet, führte zunächst zu seiner Unterschätzung im Urteil der Geschichte. Diese war die natürliche Folge der Enttäuschung darüber, daß der noch aus Aufklärung und Großer Revolution stammende optimistische Glaube der Menschheit an die Macht der Idee über die Wirklichkeit eine schwere Erschütterung erlitten hatte. Seitdem aber der Nationalismus und Imperialismus späterer Generationen zu einer beispiellosen Katastrophe geführt haben, wird das Werk der Paulskirche, das ja das Herzstück der deutschen Revolution von 1848 ist, erst richtig gewürdigt. „Heute erscheint vielmehr an der Leistung der Paulskirche nichts bedeutsamer als die Tiefe ihres Ringens, beide Pole zu einer Synthese nicht bloß des äußeren Zwanges, sondern der

Alle Rechte vorbehalten!

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Historischer Verein für Steiermark, Graz, Hamerlinggasse 3.

Schriftleitung: Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Tremel, Graz, Bürgergasse 15.

Für den Inhalt der einzelnen Aufsätze tragen die Verfasser die Verantwortung.

Druck Leykam A. G., Graz.

Für Mitglieder als Jahressgabe 1959 kostenlos, im Buchhandel S 63.—, Ausland S 72.—.

Bestellungen durch den Buchhandel.

Besprechungsexemplare und Zuschriften sind an die Schriftleitung,

Graz, Bürgergasse 15, zu richten.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt und Zuschriften nur beantwortet,
wenn Rückporto beiliegt.

inneren Vereinigung im Rahmen des Menschenmöglichen zu bringen, ein Ringen, in dem das ganze geistige Erbe der Vergangenheit eingesetzt wurde, dem Lebenswillen eines großen Volkes den entsprechenden Ausdruck würdiger und freier staatlicher Formen zu geben².“ Gleichzeitig mit dieser Erkenntnis hat sich noch eine weitere durchgesetzt, nämlich die, daß mit dem Vordringen der in der Französischen Revolution geborenen modernen politischen Ideen auch Deutschland und die Nationalitäten der habsburgischen Monarchie, schließlich auch die Völker des europäischen Südostens und — wir erleben es heute — auch die der außereuropäischen Welt von ihnen erfaßt werden mußten³. Das damalige Streben nach nationalstaatlichen Bildungen war ebenso historisch bedingt wie das heutige nach über- und zwischenstaatlichen Bindungen.

Der Nationalstaatsgedanke, im Begriff „Nation“ verkörpert, war auf westeuropäischem Boden, vor allem in Frankreich, entstanden. Er wurde zum politischen Gestaltungsprinzip eines ganzen Jahrhunderts. Beim deutschen Volke, das um 1800 in keiner Weise eine Einheit darstellte, erwuchs durch die kulturellen Leistungen der deutschen Klassik und Romantik und unter dem Eindruck der eigenen Leistung in den Freiheitskriegen das Bewußtsein einer eigenartigen Zusammengehörigkeit, die Friedrich Meinecke treffend als „Kulturnation“ bezeichnete⁴. Aber die Ansätze zu einer Volkwerdung geistiger Art, zu der die Romantiker bewußt den Grund gelegt hatten, wurden durch das Einbrechen westlicher Ideen seit 1830 arg gestört. Diese Ideen entsprangen dem naturrechtlichen und individualistischen Denken der Westvölker und drängten die Deutschen vom Streben nach Volkwerdung zu dem nach Nationswerdung ab, da sie diese mit der Sehnsucht nach einem geschlossenen Nationalstaat wie dem der Franzosen und Engländer erfüllten, ohne daß zunächst darnach gefragt wurde, ob die äußeren Bedingungen, unter denen die Deutschen lebten, vor allem die ihres Lebensraumes, es zuließen⁵. Denn erste Voraussetzung eines Nationalstaates ist doch die wenigstens annähernde Deckung von Volk und Staat. In den damaligen deutschen Randgebieten von Schleswig angefangen, über Polen bis Österreich bestand in dieser Hinsicht eine Situation, die die Durchführbarkeit eines Nationalstaates von vornherein weitgehend fragwürdig erscheinen ließ. Denn das Ringen um die deutsche Einheit berührte auch die Ordnung des Verhältnisses zu den Völkern, mit denen das deutsche Volk zusammen in Mitteleuropa und durch sein Leben, seine Geschichte und Kultur aufs engste verknüpft ist. Dadurch aber, daß das deutsche Einheitsstreben die europäische Ordnung berührte, betraf es auch die Beziehungen zu den europäischen Großmächten, denn „jede innerdeutsche Umwälzung ist zugleich europäischer Natur, ihr Erfolg oder

ihr Scheitern zu einem guten Teil abhängig von Gunst oder Ungunst der europäischen Lage“⁶. Das zeigt ja der ganze Verlauf der deutschen Geschichte. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Bewegung, die zum Frankfurter Parlament führte, und die ganze Tragik des Kampfes zwischen Großdeutsch und Kleindeutsch bis auf unsere Zeit zu verstehen.

Als die nationale Einheitsidee gleich zu Beginn der Revolution in den deutschen Ländern zum Durchbruch kam, ging man daran, ohne Befragung von Bund und Regierungen durch einen revolutionären Akt die deutsche Bundesverfassung von 1815 umzuwandeln und eine gesamtdeutsche Volksvertretung nach dem Vorbilde der großen Französischen Revolution durch freie Wahl zu bilden. Zur Vorbereitung trat am 31. März 1848 in Frankfurt a. M. ein Vorparlament zusammen, dessen beratende Tätigkeit ein Ausschuß von fünfzig Vertrauensmännern fortsetzte, worunter sechs Sitze für die Österreicher bestimmt waren. Die Rolle, die Frankfurt seit Jahrhunderten gespielt hatte, war auch entscheidend bei der Wahl des Sitzes des künftigen deutschen Parlaments. Das Wahlrecht war so breit und zusammenfassend wie nur möglich. Die Durchführung der Wahl wurde den einzelnen Regierungen überlassen. Daraus sprach der Wunsch, das Parlament möglichst schnell zustandezubringen⁷. Der Wahlmodus war in Österreich indirekt, da von 500 Urwählern ein unmittelbarer Wahlmann gewählt wurde. Hier fand die Wahl der Wahlmänner am 26. und 27. April und die der eigentlichen Abgeordneten zum Frankfurter Parlament am 3. Mai statt. Ersatzwahlen wurden auch später durchgeführt, manche Österreicher trafen erst im Winter 1848 in Frankfurt ein⁸.

Die österreichische Frage trat bereits beim Wahlkampf in Erscheinung, denn schon dieser wurde im Zeichen des „Anschlusses“ geführt (diese Bezeichnung wurde damals in einer amtlichen Verlautbarung gebraucht), d. h. um die Entscheidung über das staatsrechtliche Verhältnis Österreichs zum künftigen Deutschland. Hervorgehoben muß werden, daß die österreichische Regierung unter Ficquelmont-Pillersdorf am 21. April in der amtlichen „Wiener Zeitung“ erklärt hatte, daß Österreich zwar jeden Anlaß freudig ergreifen werde, der „seine Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache zu betätigen vermag“, aber daß es keinesfalls geneigt sei, seine Hoheitsrechte in den zum Deutschen Bund gehörigen Ländern schmälern zu lassen. Die gemäßigten Kreise in Österreich konnten sich ein Deutschland ohne Leitung von Wien aus gar nicht vorstellen. Eine unbedingte Unterordnung unter den Willen des Frankfurter Parlaments ward hier wie ein politischer Selbstmord empfunden⁹.

Im allgemeinen wurden aus Österreich „gute“ Österreicher nach Frankfurt entsendet, nach einem vielzitierten Ausspruch also: Männer mit schwarz-gelbem Herzen unter der schwarz-rot-goldenen Schärpe. Trotz mancher berechtigten Kritik, die von den Zeitgenossen an dem Verhalten der österreichischen Abgeordneten da und dort geübt wurde, muß zugegeben werden, daß Österreich im Jahre 1848 zweifellos seine besten, fähigsten und dabei durchschnittlich junge Männer in die deutsche Nationalversammlung entsendet hat¹⁰.

Bekanntlich sollten die Wahlen zum Frankfurter Parlament in allen österreichischen Ländern, die dem Deutschen Bunde angehörten, durchgeführt werden. Aber in den Sudetenländern und in den von Slowenen bewohnten Gebieten wurden durch die Slawen Wahlenthaltungen ausgeübt, so daß schließlich statt der vorgesehenen 190 österreichischen Abgeordneten nur 120 in das Parlament einzogen. Maßgebend war dabei der bekannte offene Absagebrief des geistigen Führers der Tschechen, Franz Palacky, an die Frankfurter Nationalversammlung. Palacky, der auch als Geschichtsschreiber seines Volkes Ansehen genoß, erklärte jetzt, nachdem er schon zum Eintritt in das Vorparlament vergeblich eingeladen worden war, als „Böhme slawischen Stammes“ könne er nicht einer Vereinigung angehören, die offensichtlich an die Stelle des bisherigen deutschen Fürstenbundes einen deutschen Volksbund setzen wolle. Österreich möge nicht durch einen Anschluß an Deutschland einen politischen Selbstmord begehen, sondern das alte Donaureich zu erhalten trachten. Deshalb erhob er die Forderung eines Eintrittes Deutschlands in den österreichischen Staatsverband. Er schloß sein Schreiben mit dem berühmt gewordenen Satz: „Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.“ Was Palacky damals vorschwebte, ist klar: ein föderalistisch eingerichtetes, slawisch orientiertes Österreich. Als wuchtiger Gegenschlag gegen Frankfurt war der nach Prag einberufene Slawenkongreß bestimmt. Der Pan-slawismus warf bereits seine Schatten voraus¹¹.

Als aber am 18. Mai die erste und einzige Nationalversammlung, die gewählte Vertreter aller deutschen Stämme umfaßte, in der als Parlament eingerichteten Paulskirche zusammentrat, da waren zunächst alle Zweifel und Widersprüche vergessen. Dem unbeschreiblichen Enthusiasmus, mit dem die Versammlung begrüßt wurde, entsprachen auch die Erwartungen, die man in sie setzte. Das Parlament bot schon durch die Art seines Zustandekommens und seiner Zusammensetzung die beste Gewähr für die Lösung der deutschen Frage¹². „Eine Fülle von Begabung und von großen Persönlichkeiten war in ihrem Schoße vereint.“ Auch

der Zeitpunkt, so konnte man annehmen, war günstig. Denn im Mai 1848 schien Österreich vor seiner Auflösung zu stehen, Preußen war durch seine eigene Lage zu einer nationalen und freiheitsfreundlichen Politik gezwungen, und das Ausland war damals mit sich selbst genug beschäftigt¹³.

Bei der Konstituierung der Nationalversammlung wurde zu ihrem Präsidenten der Vorkämpfer für die deutsche Einheit unter Preußens Führung, der hessische Märzminister Heinrich v. Gagern, gewählt. Die vordringlichste Aufgabe des Parlaments war die Schaffung einer Verfassung für ganz Deutschland kraft der Souveränität der Nation. Den Höhepunkt der revolutionären Volksbewegung bildete aber die Wahl Erzherzog Johanns von Österreich zum Reichsverweser am 29. Juni 1848. Da die einflußreichsten Persönlichkeiten im Parlament gegen Österreich arbeiteten und die demokratische Linke ausgesprochen antidynastisch gesinnt war, wurde durch die Wahl eines österreichischen Prinzen zum Träger der provisorischen Zentralgewalt geradezu das Unwahrscheinlichste Wirklichkeit¹⁴. Aber verschiedene günstige Umstände hatten diese Wahl ermöglicht. Zuallererst die Tatsache, daß Gagern, einer der größten Widersacher Österreichs, der Antragsteller war. Er trat dabei nur für das Zweckmäßige, für die beste Lösung, ein. Die Form, in der er das tat, hat sich den Zeitgenossen unauslöschlich eingepägt: „Ich tue einen kühnen Griff und ich sage Ihnen, wir müssen die provisorische Zentralgewalt selbst schaffen.“ Und da jeder wußte, wer damit gemeint war, fügte er nur hinzu: „Nicht weil es, sondern obgleich es ein Fürst ist.“ Damit bekannte er sich einerseits zum Prinzip der Volkssouveränität¹⁵, dem diese Versammlung ihre Berufung verdankte, andererseits kam er dem Wunsche der Mehrheit entgegen, die einen Mann wollte, er setzte aber dabei voraus, daß kein Privatmann unter den bestehenden Umständen dieses Amt übernehmen könne, doch sei ein hochstehender Mann vorhanden, der der höchsten Stelle wert wäre und dessen Person so stark war, daß die Regierungen einverstanden sein mußten, ehe man sie darum befragte¹⁶.

Die Übertragung der Zentralgewalt an den Reichsverweser Erzherzog Johann erfolgte mit einer überragenden Mehrheit, nämlich mit etwa vier Fünfteln der abgegebenen Stimmen. Als die Frage der Verantwortlichkeit zur Behandlung kam, erklärte sich wieder eine starke Mehrheit für seine Unverantwortlichkeit. Im Prinzip konnte also der Reichsverweser mit den Gesetzen und Beschlüssen der Nationalversammlung wie ein altkonstitutioneller Monarch verfahren. Fast einstimmig angenommen wurde die Einsetzung eines der Nationalversammlung verantwortlichen Ministeriums und die obligatorische Gegenzeichnung der Anord-

nungen des Reichsverwesers mindestens durch einen Minister. Von größter Bedeutung war aber der an den Bundestag gerichtete Beschluß, der die größte aller damals erzielten Mehrheiten erreichte: „Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Zentralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf.“ Wenn auch der Bundestag, dessen Vollmachten auf den Reichsverweser übergangen, als Organ aufhörte, der Deutsche Bund von 1815, der international garantiert war, blieb nichtsdestoweniger rechtlich bestehen. Zunächst erhielt der Reichsverweser seine formelle und tatsächliche Anerkennung durch die deutschen Einzelstaaten. In seiner Person wurde der nationale Gesamtstaat, der erst entstehen sollte, gleichsam vorweggenommen. Der provisorischen Zentralgewalt wurden alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bis zur endgültigen Begründung einer Regierungsgewalt übertragen¹⁷.

Die Aufgabe, die Erzherzog Johann damit übernahm, war überaus schwierig; war sie überhaupt zu lösen? Von der Machtfülle, die diesem in der Theorie zustand, war in Wirklichkeit kaum eine Spur vorhanden, da die einzelnen deutschen Regierungen nicht gewillt waren, ihre historischen Rechte zugunsten der zu bildenden Zentralgewalt schmälern zu lassen. Insbesondere machte sich der Gegensatz zwischen Österreich und Preußen immer mehr bemerkbar. Zunächst allerdings umgaben den volkstümlichen Prinzen echter Begeisterungssturm und aufrichtige Verehrung. Man schätzte in ihm vor allem den Volksmann, der sich in seiner geliebten Grünen Mark mit allen Schichten des Volkes abgab und großes Verständnis für dessen Bedürfnisse zeigte; man sah aber in ihm auch einen überzeugten Anhänger der deutschen Einheit, zu der er sich bei verschiedenen Gelegenheiten bekannt hatte. In Erzherzog Johann lebte ebenso wie im preußischen König Friedrich Wilhelm IV. und wie überhaupt in der Generation der Freiheitskriege — die „Partei der Weißköpfe“ hat sie E. M. Arndt einmal genannt — ein starkes Element gesamtdeutschen Empfindens fort¹⁸. Es ist aber bei Erzherzog Johann mit Recht hervorgehoben worden, daß er auch als Reichsverweser den Gedanken an den österreichischen Gesamtstaat hochgehalten habe, ein Feind der preußischen Hegemonie und fest entschlossen gewesen sei, die deutschen Provinzen Österreichs niemals aus Deutschland ausschließen zu lassen. Deshalb ist die wiederholt geäußerte Behauptung, der Erzherzog habe sich in Frankfurt ein großdeutsches Volkskaisertum schaffen wollen, falsch. Nicht nur österreichische Historiker wie Friedjung und vor allem Srbik haben sie zurückgewiesen bzw. widerlegt, sondern auch preußische. Die irrtümliche Auffassung stützt sich auf Berichte des preußischen Gesandten, des Grafen Albrecht von Bernstorff, und spiegelt die Befürchtungen wider, die die österreichische Reaktion hegte. Erz-

herzog Johann war „zwar fern von dynastisch-exklusivem Hoheitsgefühl und wollte einen deutschen Bundesstaat mitschaffen... Aber Johann war auch Habsburger: er fühlte die Gehorsamspflicht gegenüber der patrimonialen Gewalt des Familienoberhauptes, er war durch sein Blut dem österreichischen Staatsgedanken verschrieben¹⁹...“ Sein eigentliches Wesen enthüllen seine Tagebücher und Briefe, die schon früh — wenn auch nur teilweise — von der Forschung erschlossen wurden und denen ein weit über das rein Biographische hinaus reichender Quellenwert zukommt²⁰. Johann, der fähigste Erzherzog neben seinem Bruder Karl, dem Sieger von Aspern, hatte jahrzehntelang schwer unter der Ausschaltung von den Staatsgeschäften zu leiden gehabt, aber immer wieder versucht, den Staatskanzler Metternich, zu dessen entschiedensten Gegnern er später zählte, zu zeitgemäßen Reformen zu bewegen, und es ist vor allem seinem Einfluß zuzuschreiben, daß Metternich noch am 13. März, dem Tage des Ausbruchs der Revolution, seinen Rücktritt erklärte²¹. Aber auch dann konnte man sich am kaiserlichen Hofe zunächst noch nicht dazu entschließen, den Erzherzog zum Eintritt in die Regierung aufzufordern, denn man wußte nur zu genau, daß er Anhänger der gefürchteten Konstitution war. Man befolgte daher den Rat Metternichs, den dieser noch bei seinem Abschied gegeben hatte, und ernannte den Fürsten Alfred Windischgrätz zum Zivil- und Militärgouverneur von Wien mit weitgehenden Vollmachten zur Wiederherstellung der Ordnung. Gleichzeitig bat man den Erzherzog, sich nach Steiermark zu begeben und dort für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Aber der Erzherzog durchschaute die Absicht, die seiner Entsendung zugrundelag. Er erfüllte zwar diesen Wunsch, aber die Unsicherheit, ja Kopflosigkeit am Wiener Hofe und der Mangel einer Regierungsgewalt bereiteten ihm große Sorge um den Bestand der Habsburgermonarchie. Er kehrte bald unter einem Vorwand nach Wien zurück und nahm, was aus seinen nachgelassenen Schriften klar hervorgeht²², seit dem 20. März auf die Entschließungen der höchsten Stellen entscheidenden Einfluß, größeren, als man ihm lange zugeschrieben hat. — Als der Prinz dann am 11. April nach Tirol abreiste, um die Landesverteidigung gegen Italien und die militärische Unterstützung Radetzky's ins Werk zu setzen, da schien eine friedliche Entwicklung der inneren Angelegenheiten in Österreich angebahnt zu sein. Aber es kam anders. Als am 25. April die österreichische Regierung durch die Veröffentlichung der ersten Verfassung ihr im März gegebenes Versprechen einlöste, geriet das Wiener Proletariat in Wallung, da nur indirekte Wahlen vorgesehen und die Arbeiter und Dienstleute vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Am 15. Mai entstand ein Volksauflauf, der die kaiserliche Familie zur Flucht nach dem ruhigen Innsbruck

bewog. Am 15. Juni betraute der Kaiser in einer Proklamation den Erzherzog Johann für die Zeit seiner Abwesenheit von Wien mit der vollen Regierungsgewalt. Diesem war auch in den wenigen Wochen, in denen er die Verteidigungsanstalten in Tirol mit großem Erfolg geleitet hatte, noch eine weitere wichtige Aufgabe zugefallen, nämlich die, die kaiserliche Familie in Innsbruck zu beraten. Erzherzog Johann hatte auch wesentlichen Anteil an dem folgenschweren Umschwung, der sich damals hinsichtlich der Stellung zu Ungarn vollzog, denn es gelang ihm, den kroatischen Banus Jellačić als loyalen Anhänger des Kaisers und Österreichs zu gewinnen und gegenüber dem revolutionären Ungarn festzulegen²³.

Um diese Zeit wurden die Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung über die Einsetzung einer provisorischen Zentralgewalt mit der Wahl Erzherzog Johanns zum Reichsverweser abgeschlossen. Da der Erzherzog schon für das ursprünglich geplante Dreierdirektorium vorgesehen war, kam die nunmehrige Wahl für den Kaiserhof nicht überraschend. Man legte sich aber in Innsbruck Zurückhaltung auf, da man den großen Erfolg des bisherigen Eingreifens Johanns in die Angelegenheiten des eigenen Hauses und des Staates zugeben mußte. Am 5. Juli schrieb Erzherzog Franz Karl²⁴ an den zum Reichsverweser Ausersehenen, daß weder er noch der Kaiser ihm raten könne, die Wahl anzunehmen, sondern dies seinem eigenen Urteil überlassen werden müsse. Als aber Johann gleich darauf die erfolgte Entscheidung anzeigte, erteilte der Kaiser sogleich seine Zustimmung, indem er gleichzeitig dem Reichsverweser für die Dauer seiner Tätigkeit in Frankfurt einen bedeutenden Jahreszuschuß aus dem Familienfonds und den Beständen des kaiserlichen Marstalls bewilligte, so daß der Erzherzog auf die ihm von der Nationalversammlung zugedachte Dotation verzichten konnte. Überdies richtete Franz Karl an Johann ein herzliches Glückwunschsreiben, „daß er zum Heile Deutschlands und, mit Gottes Hilfe, auch Österreichs die Wahl zum Reichsverweser angenommen habe, wenngleich er in Wien eine große Lücke zurücklasse“. Wie diese auszufüllen sei, wußte niemand Rat. Erzherzog Johann empfahl die Rückkehr der kaiserlichen Familie nach Wien, erklärte sich aber bereit, noch die Eröffnung des ersten österreichischen Reichstages und die Neubildung der Regierung vorzunehmen. Bei verschiedenen Gelegenheiten wirkte er beruhigend auf die Bevölkerung ein, die zu ihm Vertrauen hatte. Deshalb ist die aus übelwollenden Quellen stammende Behauptung, daß die Wahl Johanns zum Reichsverweser Mißstimmung in der kaiserlichen Familie ausgelöst habe, ebenso unrichtig wie die vom großdeutschen Volkskaisertum Erzherzog Johanns²⁵.

Die erste Aufgabe des Reichsverwesers in Frankfurt war die Bildung eines Reichsministeriums, das auch dazu beitragen sollte, die widerstrebenden Tendenzen in der Nationalversammlung auszugleichen. Die Anhänger Preußens hofften, daß die wichtigsten Ressorts mit Männern aus Preußen besetzt werden: Österreich solle nur die formale Leitung, den Ehrenvorsitz, haben, Preußen aber die Geschäfte führen; die Mehrheit der Nationalversammlung würde die Richtung dazu bestimmen²⁶. Für die Sache Österreichs war es nun von Vorteil, daß der österreichische Präsidialgesandte beim Bundestag und Abgeordnete, Anton von Schmerling, zum Innenminister ernannt wurde. Eine Zeitlang vereinigte Schmerling sogar das Äußere, das Innere und den Vorsitz im Reichsministerium in seiner Person. Dabei galt er bei vielen als der beste politische Kopf in der Regierung. Da sich seine politischen Ansichten mit denen des Reichsverwesers deckten, war er dessen engster Mitarbeiter. Während sich aber der Reichsverweser in der österreichischen Frage Zurückhaltung auferlegen mußte, wurde Schmerling durch die Verhältnisse immer mehr zu ihrem ersten Vorkämpfer²⁷. Am Beginn der deutschen Einheitsbewegung hatten die damaligen südwestdeutschen Führer zunächst ein außerösterreichisches Deutschland unter preußischer Führung ins Auge gefaßt²⁸. Unter dem Eindruck des Auftretens der Österreicher in der Paulskirche fand man keinen besseren Rat, als sich eine österreichische Spitze zu geben, und die Bewegung geriet tief in großdeutsche, nach Südosten weisende Gedankengänge. Aber es sollte noch Monate dauern, bis das Verhältnis Österreichs zum neuen Deutschland und zugleich auch zu Preußen als zweiter Vormacht zur Behandlung kam. Zunächst beschäftigte sich die Nationalversammlung mit den „Grundrechten“ als dem Unterbau der Verfassung. Die Grundrechte sollten dem vormärzlichen Zustand individueller Rechtsunsicherheit ein Ende setzen und vor allem die Freiheit der Person und die Gleichheit aller vor dem Gesetz schaffen. Dabei wurde tief in die Souveränität der Einzelstaaten in Recht und Verwaltung eingegriffen²⁹.

Als man Ende September 1848 im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung daranging, das Verhältnis zu Österreich³⁰ und damit auch die Oberhauptsfrage zu klären, da stand man vor einer völlig anderen Situation als im Mai vorher. Vor allem überschattete alles die außenpolitische Lage³¹, die durch das Eintreten von Großbritannien, Rußland, Frankreich und Schweden-Norwegen zugunsten Dänemarks im Streit um Schleswig-Holstein gespannt war. Das schleswig-holsteinische Problem wurde zur wahren Schicksalsfrage der deutschen Revolution, denn die alte Länderbrücke zwischen Deutschland und dem Norden lag im Schnittpunkt der europäischen Großmachtpolitik. Preußen hatte dem Druck

nachgegeben und den demütigenden Waffenstillstand von Malmö geschlossen. Der nach hitzigen Debatten gefaßte Beschluß der Nationalversammlung, den Waffenstillstand anzuerkennen — es blieb ihr kein anderer Ausweg — führte in der Folge zur Frankfurter Septembererhebung³², dem Werk radikaler Elemente. Wenn auch der Aufstand vom Innenminister Schmerling hauptsächlich mit österreichischen und preußischen Truppen rasch niedergeworfen wurde, so war es dabei klar geworden, daß die Paulskirche von sich aus machtlos war. Tagebuchaufzeichnungen des Reichsverwesers aus dieser Zeit enthalten die bezeichnenden Worte: „Was ist der Reichsverweser? Dermalen ein leerer Name, welcher viele Hoffnungen erweckt, die er zu erfüllen keine Macht hat; ein Mann, der durch seine Persönlichkeit nicht einschreiten, höchstens guten Rat geben darf, wo es dann noch eine Frage ist, ob man demselben Folge geben will. . . Sollte dieses so bleiben, so gestehe ich, daß ich mich nicht fähig noch berufen fühle, so ein Amt zu bekleiden“³³. Tatsächlich war die deutsche Nationalbewegung ringsum von tödlichen Gefahren umgeben und in ihrer Bewegungsfreiheit auf allen Seiten gehemmt. Die Zentralgewalt wurde von keiner europäischen Großmacht als verhandlungsfähiger Partner betrachtet und jeder Versuch Frankfurts zu selbständigem außenpolitischen Handeln war von vornherein zum Scheitern verurteilt. So wurde es klar, daß die deutsche Frage eine europäische und zugleich eine Machtfrage war³⁴.

Für die weitere Entwicklung entscheidend war aber, daß die österreichische Regierung inzwischen Herrin der Lage geworden war und daß sich schließlich am 31. Oktober das revolutionäre Wien dem kaiserlichen Heere unter Feldmarschall Windischgrätz ergeben mußte. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen der deutschen Revolution verschwanden jetzt und das kaiserliche Schwarz-Gelb wurde gehißt. Auch der gleichzeitige Rückzug der ungarischen Rebellenarmee von den Grenzen zeigte der staunenden Welt, die bereits die Nachrichten von den Siegen Radetzky's in Oberitalien mit Verwunderung aufgenommen hatte, daß noch immer eine Macht bestand, mit der man seit den Märztagen nicht mehr rechnen zu müssen geglaubt hatte, — die Macht des Hauses Habsburg³⁵. Als Hausmacht war der österreichische Staat entstanden und diese Hausmacht war damals stark genug, die verschiedenen Kräfte, die diesen Staat auflösen wollten, zu überwinden. Der innere Zusammenhalt der österreichischen Monarchie, gestützt auf die Schlagkraft der Armee, war so groß, daß der Habsburgerstaat die Stöße der Revolution auszuhalten vermochte. Die zum Heeresdienst aufgerufenen Mannschaften leisteten in den deutschen und slawischen Ländern fast ausnahmslos und ohne Widerstreben dem Rufe Folge. Ganze Scharen von Freiwilligen strömten

zu den Werbetischen. Denn man verpfändete dort Blut und Leben nicht für einen politischen Begriff und nicht für ein nationales Programm, sondern für den Kaiser, für das Haus Habsburg. Österreich hatte damals das besondere Glück, ganz hervorragende Männer unter seinen Staatsmännern und Heerführern zu haben. Darauf hat Veit Valentin, der Verfasser des grundlegenden Geschichtswerkes über die deutsche Revolution 1848/49 hingewiesen. Obzwar selbst Preuße, hebt er ausdrücklich hervor, daß Schmerling mehr war als Gagern, Radetzky mehr als Wrangel, Windischgrätz mehr als der Prinz von Preußen und Schwarzenberg mehr als Radowitz. Durch diese persönliche Überlegenheit wurde Österreichs am Anfang schwache, ja verzweifelte Lage ausgeglichen. — Nur das Bild Erzherzog Johanns ist bei Valentin ganz verzeichnet³⁶.

Der Sieg der Wiener Regierung über die Revolution schuf auch in Frankfurt Klarheit. Denn es war anzunehmen, daß das als Gesamtstaat wiedererstandene Österreich nimmermehr seine deutschen Provinzen einer Oberhoheit der deutschen Nationalgewalt unterordnen werde. So erhielten jetzt in der Paulskirche die Tendenzen, die Österreich abgeneigt waren, einen Auftrieb und es kam zur entscheidenden „Frage an Österreich“³⁷. Das Verhältnis Österreichs zum neuerstehenden Deutschland war ja das Kernproblem der Reichsverfassung und des Frankfurter Parlaments überhaupt. Es kam auf Grund der §§ 2 und 3 des Verfassungsentwurfes zur Behandlung, die z. B. Schleswig-Holstein, aber vor allem Österreich betrafen. § 2 beanspruchte alle Deutschen (des Deutschen Bundes) für das neue Reich: „Kein Teil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein“, und § 3 wies den Weg zur staatsrechtlichen Lösung: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.“ Wird sich Deutsch-Österreich im Sinne der reinen Personalunion von der Gesamtmonarchie so weit lösen können, daß es Glied des Reiches mit gleichen Rechten und Pflichten werden kann?

Es ist bezeichnend, wie diese Paragraphen zustandegekommen sind. Ihr geistiger Vater war Gustav Droysen. Von ihm, aber auch von den übrigen „schleswig-holsteinischen Professoren“ war der Anstoß dazu ausgegangen. Sie hatten schon von Anfang an den norddeutsch-protestantischen Standpunkt gegenüber dem österreichischen Einfluß stärken wollen und haben mit scharfem Blick die kommende politische Entwicklung in Österreich vorausgesehen. Die beiden Paragraphen waren ein politisches Meisterstück, denn sie sollten klare Verhältnisse schaffen und als Mittel dienen, aller Welt zu beweisen, daß Österreich als Gesamt-

monarchie nicht in die aufgestellte Form des Bundesstaates hineinpaßt³⁸. Die Personalunion aber war das Mittel, Österreichs zentralistische Form zu sprengen. Als in der Zeit vom 21. bis 27. Oktober die österreichische Frage vor dem Plenum zur Behandlung kam, da wurden in hitzigen Redeschlachten verschiedene Lösungsversuche vorgeschlagen. „Niemals noch war vor einem gesamtdeutschen Forum das deutsche, mitteleuropäische und europäische Problem Österreich mit solcher Erbitterung der Gegensätze, aber auch mit solcher Kristallisation der Ideen, ihrer positiven Werte und ihrer Unvollkommenheiten, erörtert worden“³⁹.

Bei der Abstimmung in der ersten Lesung am 27. Oktober wurden beide Paragraphen mit großer Mehrheit angenommen, der eine (§ 2) mit 340 gegen 76, der andere (§ 3) mit 316 gegen 90 Stimmen. Unter den 90 Gegenstimmen waren 41 von „schwarz-gelben“ Österreichern, bei denen die Anhänglichkeit an den Gesamtstaat überwog; die Mehrheit der Österreicher, deren damals etwa 115 in der Paulskirche saßen, stimmte für die Personalunion. Außer den österreichischen Patrioten haben auch die katholischen Abgeordneten aus ganz Deutschland und eine Anzahl Konservativer aus dem Norden der Zerreißung der Monarchie nicht zustimmen wollen. Als Mitglied des Verfassungsausschusses stellte der österreichische Abgeordnete Dr. Mühlfeld, einer der besten Köpfe der Versammlung, zum § 2 einen Zusatzantrag, in dem er vorschlug, den deutschen Bundesstaat und die österreichische Monarchie durch ein völkerrechtliches Band, wie es 1879 tatsächlich geschaffen wurde, zu verknüpfen. Dr. Mühlfeld erwies sich dadurch als wahrer Prophet der kommenden politischen Entwicklung. Selbst der Präsident v. Gagern zweifelte an der Durchführbarkeit der Personalunion im Habsburgerreich und deshalb entwickelte er schon bei der ersten Lesung der beiden Paragraphen den Plan, das engere Deutschland unter Preußen zu einigen und hierauf eine weitere Verbindung mit Österreich zu schließen, aber nicht bloß eine völkerrechtliche, sondern eine staatsrechtliche, die dann in den Verfassungen der beiden Reiche verankert werden könnte. Aber auch dieser Plan fand zunächst ebensowenig Zustimmung wie Mühlfelds Vorschlag, dem er ja inhaltlich nahestand. Langsam bereitete sich aber der Umschwung vor, der später das „Gagernsche Programm“ zur Geltung brachte⁴⁰.

Wie den österreichischen Patrioten damals zumute war, zeigten viele Äußerungen⁴¹. Mit unübertrefflicher Deutlichkeit sprach es aber der Abgeordnete Dr. Beidtl, ein mährischer Vertreter in der Nationalversammlung, aus: „... Die Deutschösterreicher werden sich mit Deutschland befreunden und gleichen Schritt halten, werden Deutsche sein, solange Sie ihnen nicht zumuten werden, keine Österreicher zu sein... Ich glaube,

Österreich wird aufstehen wie ein Mann, wenn es gelten wird, seine Existenz, seine Einheit und Freiheit zu wahren. Österreich, das Jahrhunderte gedauert hat, wird nimmermehr dulden, daß es mitten im Frieden zerrissen werde und untergehe, untergehe noch dazu durch Freunde, untergehe durch eine Versammlung, zu der es selbst seine Vertreter geschickt hat“⁴². Diese Stimmung fand in den österreichischen Erbländern fast überall Widerhall und wurde gegenüber Frankfurt teilweise geradezu feindselig. Was der Retter Österreichs, der greise Feldmarschall Radetzky, damals an den Wiener Abgeordneten in Frankfurt, Dr. Franz Egger, schrieb, war vielen Österreichern aus der Seele gesprochen: „In meiner Brust schlägt ein treues deutsches Herz; aber wahrlich, um diesen Preis (das Herauslösen der nichtdeutschen Provinzen Österreichs aus dem deutschen Reich) müßte ich es zum Schweigen bringen. Man faselt viel in Deutschland von den Gefahren des Panslawismus, man tut aber alles, um dieses Gespenst zu verkörpern, denn schon ist Empörung fast identisch mit deutsch geworden. Österreich mit seinen nichtdeutschen Provinzen zählt 38 Millionen. Möge man das in Deutschland nicht vergessen und sich nicht mit einem starren Deutschtum um einen solchen Bundesgenossen bringen. Österreich wird sich eher von Deutschland als von Österreich trennen. Die Zeit wird lehren, ob ich mit meinen Ansichten irre“⁴³. Am 12. November schrieb Erzherzog Johann an seinen Vertrauten, Johann Zahlbruckner, u. a. folgendes: „Ich will ehrlich und ungebeugten Mutes ausharren, bis das Provisorium zu Ende ist, bis es entschieden, was aus Deutschland werden soll. Bleiben! Nimmermehr! Habe ich meine Aufgabe ehrlich gelöst, dann wende ich mich wieder der Heimat zu, die Früchte unserer Mühe, die weitere Führung kann ein Jüngerer besorgen, ich gehöre meinem Vaterlande, für das ich mich mein ganzes Leben bemüht, an“⁴⁴. Ende November hatte er überhaupt schon die Hoffnung aufgegeben, daß durch die Nationalversammlung die deutsche Frage gelöst werden könne, denn er schrieb damals an Zahlbruckner: „... Wir sind noch lange nicht zeitig für ein einiges Deutschland — wir sind noch zu jung, zu unerfahren, zu zerrissen — Deutschland wird ein einiges, starkes werden, davon bin ich überzeugt, allein, damit dasselbe werde, müssen noch gar viele Ereignisse eintreten; kommen nicht besondere Zufälle, die niemand vorsehen kann, so wird dieses allmählich geschehen und noch manches Jahr darüber vergehen. Der Grund ist wenigstens dazu gelegt, ich habe nichts verdorben und den Fürsten, dem Volk, vor allem meinem Vaterlande, wesentlich gedient“⁴⁵.

In dem Regierungsprogramm, das der neuernannte österreichische Ministerpräsident, Fürst Felix Schwarzenberg, ein Schwager des Bezwinners von Wien, am 27. November verlautbarte, war folgende Erklärung

zur deutschen Frage enthalten: „Österreichs Fortbestand als staatliche Einheit ist ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfnis. Von dieser Überzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Österreich fortfahren, seine Bündnispflichten getreu zu erfüllen“⁴⁶.

Wenn die Anhänger der preußischen Hegemonie diese Erklärung als Verzicht Österreichs auf den Eintritt in das neue deutsche Reich auslegten, so sollten sie bald eines Besseren belehrt werden, denn sobald Schwarzenberg den Thronwechsel vom 2. Dezember 1848 durchgesetzt hatte und mit dem jungen Kaiser Franz Joseph ein neuer Kurs begann, legte er im Ministerrat am 12. Dezember die Bedingungen fest, unter denen sich Österreich an der „Rekonstruktion Deutschlands zu beteiligen und demselben anzuschließen“ gedachte: „Bei Festlegung der Idee, daß die sämtlichen zur österreichischen Monarchie gehörigen Provinzen untrennbar zu einem großen Reiche vereint bleiben sollten, könne von einer Vereinigung der bloß deutsch-österreichischen Länder mit Deutschland, was nur zur Zerstückelung Österreichs führen würde, keine Rede sein. Vielmehr müsse Österreich in seiner Gesamtheit als wahre europäische Großmacht im eigenen und im wohlverstandenen Interesse Deutschlands selbst dem deutschen Staatenbunde beitreten“⁴⁷. Damit waren bereits die zwei Möglichkeiten angedeutet, die Schwarzenberg dann zu verwirklichen trachtete: der „großösterreichische“ Gedanke des mitteleuropäischen Siebzigmillionenreiches unter der Führung des einheitlichen Gesamtstaates Österreich, und wenn er nicht zu verwirklichen war, die Rückkehr zum alten Deutschen Bund mit lockerer Zugehörigkeit der österreichischen „Bundes“-Länder unter dem Primat des Kaisers von Österreich. Die Idee des deutschen Bundesstaates lehnte Schwarzenberg ab.

Doch der Widerstand gegen die Errichtung des deutschen Einheitsstaates ging nicht nur von Österreich aus, denn auch Preußen, dann Bayern und die übrigen deutschen Mittelstaaten wollten ihre Eigenstaatlichkeit nicht aufgeben. In Preußen leistete König Friedrich Wilhelm anfangs den größten Widerstand, vor allem auch deshalb, weil er noch an dem Metternichschen Grundsatz des friedlichen Dualismus der beiden deutschen Vormächte festhielt. Die treibende Kraft im Kampf um die preußische Lösung der deutschen Frage waren ja nicht die rasch wechselnden preußischen Regierungen, sondern Nicht-Preußen wie Heinrich v. Gagern, vor allem aber die bereits genannten schleswig-holsteinischen

Professoren. Schon fielen die Worte: der deutsche Kaiser werde nicht in der Paulskirche, sondern auf dem Schlachtfelde gemacht.

Die von Preußen oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 enthielt die deutliche Absage an den deutschen Einheitsstaatsgedanken Frankfurts, „aber doch vorsichtig untergeordnet unter die verheißene Verfassung der Paulskirche“. Sollte es zu einer Einigung Deutschlands kommen, dann nur unter der Hegemonie Preußens. So standen im Dezember des Sturmjahres Österreich und Preußen als verjüngte Staatspersönlichkeiten in der alten Nebenbuhlerschaft einander gegenüber⁴⁸. Damals schieden sich in der Paulskirche die beiden politischen Parteien, die dann in den sechziger Jahren zu besonderer Bedeutung gelangen sollten: die „Großdeutschen“, die für ein Deutschland unter österreichischer Führung, und die „Kleindeutschen“, die für ein Reich mit preußischer Spitze ohne Österreich eintraten. Die Kleindeutschen wurden auch die „Erbkaiserpartei“ genannt.

Zunächst schien es aber noch, als würde es trotzdem zu einer Verständigung zwischen Österreich und Preußen kommen, denn weder Franz Joseph I. noch Friedrich Wilhelm IV. sahen die Gegensätze als unüberbrückbar an, zumal letzterer wiederholt erklärte, Österreich solle nicht aus dem Deutschen Bund ausscheiden, denn er würde niemals dessen Führung für Preußen übernehmen⁴⁹. Österreich wieder schlug eine Verständigung beider Mächte ohne die Nationalversammlung, aber im Einvernehmen mit den übrigen deutschen Regierungen vor, wobei der Plan des mitteleuropäischen Staatenbundes der siebzig Millionen mit Abgrenzung der beiden Machtinteressen in Erwägung stand. Inzwischen vertrat Schmerling Österreichs Interesse sehr geschickt in der Paulskirche⁵⁰. Er suchte Zeit zu gewinnen, um Schwarzenberg umzustimmen, und versprach daher, in Verhandlungen mit der österreichischen Regierung einen Weg zu suchen, der Österreich den Beitritt zum deutschen Bundesstaat ermöglichen sollte. Da er sich gleichzeitig dem geistigen Führer der Kleindeutschen, Gagern, näherte, befürchteten diese den Sieg des großdeutschen Gedankens unter Österreichs Führung und erzwangen den Rücktritt Schmerlings und die Betrauung Gagerns mit dessen Amt. Aber Schmerling konnte jetzt, ungehemmt durch irgendwelche Rücksichten, um so konsequenter sein altes Ziel verfolgen. Er eilte nach Wien und Olmütz, um der österreichischen Politik in der deutschen Frage die von ihm gewünschte Richtung zu geben. Schwarzenberg aber, der kurz zuvor an Windischgrätz geschrieben hatte: „Schmerling ist ultradeutsch und soviel ich weiß, viel zu sehr der Mann des Erzherzogs Johann, um der unsrige sein zu können“⁵¹, ließ sich dennoch überzeugen, daß man das Spiel in Frankfurt nicht verloren geben dürfe. Das Ergebnis der Be-

sprechungen war die Absendung einer Note der Regierung vom 28. Dezember an die Zentralgewalt⁵², in der die Annahme zurückgewiesen wurde, daß Österreich auf seine historischen Rechte verzichten wolle, und demgegenüber wurde festgestellt, daß es vielmehr die erste Stelle auch im neuen Deutschland beanspruche. Gleichsam als Bekräftigung dieser Behauptung wurde Schmerling zum Bevollmächtigten Österreichs in Frankfurt ernannt. Jetzt begann ein erbittertes Ringen der Großdeutschen unter Schmerlings Führung mit der kleindeutschen Partei unter Gagern um dessen Programm des engeren und weiteren Bundes, das nun doch jetzt zu voller Geltung kam. Umstritten war auch die Frage des Reichsoberhauptes⁵³. Dieser Kampf blieb nicht auf die Paulskirche und die Frankfurter Klubbhäuser beschränkt, sondern beschäftigte die weite Öffentlichkeit. Gagern hoffte, Österreich werde schließlich dennoch den engeren Bund unter Preußens Führung zulassen und sich mit dem weiteren Bund begnügen. Schmerling dagegen empfahl, noch zu warten, bis sich Österreich staatlich geordnet habe, und dann die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu schaffen, und zwar im Sinne einer staatlichen Gemeinschaft zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich ohne preußisches Kaisertum. Beide Erwartungen scheiterten an der Wirklichkeit, nämlich am unbeugsamen Willen der beiden deutschen Vormächte zur Erhaltung der Eigenstaatlichkeit. Als es am 13. Jänner 1849 in Frankfurt zur Abstimmung kam, wurde das Gagernsche Programm des engeren und weiteren Bundes mit 261 gegen 224 Stimmen angenommen. Da die Großdeutschen die Mehrheit in der Nationalversammlung bildeten, war dieser Beschluß nur dadurch zustande gekommen, daß ein Teil von ihnen aus besonderer Wertschätzung Gagerns für sein Programm gestimmt hatten. Nur weil der kleindeutsche Gedanke den großdeutschen durch den weiteren Bund in sich aufgenommen hatte, konnte er durchdringen. Trotzdem schritt die Versammlung in völliger Zerklüftung an die Beratung des Verfassungsabschnitts „Das Reichsoberhaupt“⁵⁴.

Die Stimmung in der breiten Öffentlichkeit zu dieser Zeit charakterisiert treffend ein Schreiben des Erzherzogs vom 2. Jänner 1849⁵⁵: „Ich überzeuge mich immer mehr, daß die Menschen zu allen den Ideen noch lange nicht reif sind; sie wollen Ruhe, Frieden, Ordnung, sie wollen erwerben können und die Früchte ihres Fleißes genießen, so denkt die Mehrzahl, sie wollen teilnehmen an allem, was sie betrifft — im übrigen kümmern sie sich wenig, — jene Regierung, welche sie am mildesten, gerechteten, kräftigsten regiert, ist ihnen die liebste; es hätte niemand an eine Konstitution gedacht, wenn die Steuern gering, die Justizpflege schnell, die Nationallasten beseitigt wären, eine Gemeindeordnung bestanden hätte, wenn Landstände so, wie sie sein sollen, der Geschäfts-

gang rasch, die Beamtenzahl gering und ausgewählt gewesen wären. So ein Zustand, und dem Volke ist jener ein kräftiger Regent, der mit dem Volke lebt und für dasselbe sorgt und nicht beschränkt ist, lieber als ein Reichstag, der nicht weiter kommt, wo alle Leidenschaften rege sind, und ein Regent, der sich nicht rühren darf und kann. Man wird von gar manchen schönen Theorien durch die Erfahrung zurückkommen, ich habe bereits gar viele kennengelernt, die jetzt anders sprechen als vor zwei Monaten — die meisten haben das zu wenig oder nichts führende parlamentarische Gezänke satt . . .“

Während in Frankfurt über die Frage des Reichsoberhauptes beraten und Ende Jänner nur mit kleiner Mehrheit die Bezeichnung „Kaiser der Deutschen“ angenommen wurde⁵⁶, schlug ein Rundschreiben der preußischen Regierung an alle deutschen Regierungen bei diesen wie ein Blitz ein. Diese sogenannte „Zirkulardepesche“ (23. Jänner 1849⁵⁷) bekannte sich im Prinzip nun doch zum Gagernschen Programm und stimmte der Bildung des engeren Bundes mit preußischer Spitze innerhalb des Deutschen Bundes und dem Unionsverhältnis zu Österreich zu, warnte aber vor einem Kaisertum, das nur Schöpfung des Parlaments und nicht der Fürsten sei. Preußen werde eine ihm angebotene Stelle nur mit Zustimmung der Fürsten annehmen. Rasch folgte der Gegenschlag Schwarzenbergs an den deutschen Höfen. Dieser erklärte, Österreich könne einen fremden Kaiser nicht annehmen, Kaiser Franz Joseph habe seine Krone und wünsche keine andere; würde sie ihm angeboten, entstünde nur Verlegenheit und — „hinauswerfen aus Deutschland“, wurde gleichzeitig betont, „lassen wir uns nicht“⁵⁸. Nachdem Schwarzenberg den österreichischen Reichstag, der zuletzt in Kremsier getagt hatte, am 7. März 1849 aufgelöst und die Oktroyierung einer österreichischen Gesamtverfassung erreicht hatte, beauftragte er Schmerling, dem Reichsministerium in Frankfurt eine Note mit einem fertigen Programm zu überreichen, in dem er im Sinne seines Planes eines Siebzigmillionenreiches den Eintritt des gesamten Kaiserstaates in den neuen Staatenbund forderte. Vom Frankfurter Entwurf war nur das Staatenhaus beibehalten, aber es sollte nicht aus Volkswahlen hervorgehen, sondern aus Kammermitgliedern der Einzelstaaten bestehen, wobei 38 Stimmen für den Kaiserstaat und nur 32 für das ganze nichtösterreichische Deutschland vorgesehen waren. Die Zentralgewalt sollte einem Direktorium von sieben Mitgliedern, in dem Österreich und Preußen je zwei Stimmen und Österreich den Vorsitz haben sollte, übertragen werden. In der vertraulichen Note Schwarzenbergs an Schmerling vom 9. März 1849 hob der Absender zum besseren Verständnis seiner Grundgedanken ausdrücklich hervor: „Man muß zu Frankfurt von dem Wahne ablassen, als sei

die Lähmung Österreichs die Kräftigung Deutschlands. Das Verlangen, daß Österreich dem einheitlichen Bundesstaate sich füge, ist eine Forderung der Revolution, nicht die einer einsichtsvollen, wahren Liebe zum deutschen Vaterlande. Man muß auch den anderen Wahn aufgeben, als sei durch irgendeine Form Österreich tatsächlich aus Deutschland auszuscheiden⁵⁹.⁶⁴ Diese Ansichten Schwarzenbergs waren die endgültige Absage Österreichs an das nationalstaatliche Prinzip des Jahrhunderts und zugleich ein Bekenntnis zur übernationalen, universalistischen Idee eines geeinigten Mitteleuropa, der Österreich jahrhundertlang gedient hatte⁶⁰.

Schmerling erbat daraufhin seine Enthebung vom Amt eines österreichischen Bevollmächtigten, das ihm, wie er erklärte, „Pflichten auferlegen würde, welche mit seinen Ansichten nicht übereinstimmen“⁶¹. Unhaltbar war eigentlich auch die Stellung der österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche geworden. Sie zogen es aber vor, zu bleiben, um wenigstens ein preußisches Erbkaisertum zu verhindern. Die Gagernsche Partei hingegen sah sich jetzt jeder Rücksicht enthoben und ging daran, so rasch als möglich ihr Ziel zu erreichen. Den Anstoß dazu gab merkwürdigerweise ein Großdeutscher, der badische Bundestagsgesandte und Abgeordnete Karl Theodor Welcker, der an der Durchführbarkeit seines politischen Programms verzweifelte und in plötzlicher Sinnesänderung am 12. März den Antrag stellte, die erbliche Kaiserwürde dem König von Preußen zu übertragen⁶²; Österreich solle der Eintritt in den Bundesstaat für die deutsch-österreichischen Lande weiterhin offenbleiben. Er vermochte zwar etwa 30 Stimmen für das Gagernsche Programm, denn um dieses handelte es sich im Grunde ja, zu gewinnen, aber trotzdem blieb sein Antrag bei der Abstimmung am 21. März in der Minderheit. Daraufhin bot Gagern mit seinem Ministerium dem Reichsverweser seine Demission an, wurde aber von diesem ersucht, die Geschäfte interimistisch weiterzuführen. Gagern willigte ein, weil seine „erbkaiserliche“ Anhängerschaft trotz allem entschlossen war, den Kampf weiterzuführen. Sie schreckte jetzt auch nicht vor bedenklichen Mitteln zurück, um mit Hilfe der Radikalen die Mehrheit zu gewinnen, und verpflichtete sich daher, für stark demokratische Verfassungsbestimmungen einzutreten, die sie bis dahin verworfen hatte⁶³. Das Ergebnis war, daß bei der entscheidenden Abstimmung über die erbliche Kaiserwürde 267 Abgeordnete für diese eintraten, während 263 dagegen stimmten. Den Ausschlag gaben vier Österreicher. Preußens

parlamentarischer Sieg war dadurch entschieden. Am 28. März erfolgte die Kaiserwahl: Friedrich Wilhelm IV. von Preußen wurde mit 290 Stimmen gewählt. 248 Mitglieder des Parlaments enthielten sich der Stimme, darunter auch die vier Österreicher, die zuvor für die erbliche Kaiserwürde gestimmt hatten. Wenn auch nicht eine einzige Stimme gegen die Übertragung der erblichen Kaiserwürde an den preußischen König abgegeben worden war, so zeigten die vielen Stimmenthaltungen, daß von einem einmütigen Willensakt der Wähler nicht im entferntesten die Rede sein konnte⁶⁴. Mit der Ablehnung der Kaiserwürde durch den Gewählten schließt eigentlich das Frankfurter Parlament.

Der Reichsverweser erklärte jetzt, sein Amt niederzulegen⁶⁵, ließ sich aber von Kaiser Franz Joseph dennoch dazu bewegen, weiter auf seinem Posten auszuharren. Schwarzenberg wollte Zeit gewinnen, bis Ungarn und Italien zur Ruhe gebracht waren, um dann die deutsche Frage in seinem Sinn zu lösen⁶⁶. Gleichzeitig wurden die österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt abberufen. Die „Erbkaiserlichen“ gaben den Kampf auch jetzt nicht auf. Da sich Erzherzog Johann weigerte, die Nationalversammlung aufzulösen und die Zentralgewalt dem Preußenkönig auszuliefern, trachteten sie zusammen mit der Linken die Durchführung der Verfassung zu erreichen, die am Tage der Kaiserwahl amtlich verkündet worden war. Dadurch sollte das Werk des Frankfurter Parlaments doch noch zu einem positiven Abschluß gebracht und das, was die Märzrevolution versäumt hatte, nachgeholt werden⁶⁷. Jetzt erklärten 28 Regierungen nachträglich ihr Einverständnis mit der Kaiserwahl und erkannten die Reichsverfassung an. Sie vertraten fast alle norddeutsche Kleinstaaten, die auf diese Weise Schutz vor der drohenden Mediatisierung suchten. Ende Mai 1849 verließen auch die Erbkaiserlichen das Parlament, das jetzt rasch unter den Einfluß linksradikaler Elemente geriet. Der Kampf um die Reichsverfassung bot den Anlaß zu neuerlichen Volkserhebungen in verschiedenen Gegenden Deutschlands, sie hatten teils nationalen, teils sozialrevolutionären Charakter. Zur Niederwerfung der Aufstände wurden hauptsächlich preußische Truppen mit Erfolg eingesetzt. Preußen stellte sich damit bewußt an die Seite Österreichs und Rußlands. Die preußische Regierung, die inzwischen den Plänen Gagerns immer zugänglicher geworden war, hoffte durch die Zustimmung der beiden übrigen Ostmächte zur Bildung des engeren Bundes zu gelangen. Gerade damals trat der preußische General Radowitz mit seinem „Unionsplan“ hervor, nachdem der von unklaren romantischen Vorstellungen erfüllte, stets schwankende König Friedrich Wilhelm IV. schließlich dennoch für die Bestrebungen der Erbkaiserlichen gewonnen worden war. Preußens Unionspolitik strebte fortan den

kleindeutschen Bundesstaat und die bloße Union mit Österreich an. Das militärische Einschreiten Preußens gegen die Volkserhebung aber bewies, daß der Kampf gegen die Revolution bereits zum großen außenpolitischen Problem geworden war⁶⁸.

In diesen Monaten der allmählichen Auflösung des Frankfurter Parlaments und der allgemeinen Verwirrung erwies sich der Reichsverweser als der eigentliche Ordnungsfaktor. Sein Briefwechsel aus dieser Zeit spiegelt die Verhältnisse wider und — seine eigene grenzenlose Enttäuschung⁶⁹. Im Sommer 1849 schien sich das Reich in einen Nord- und Südbund aufzulösen. Deshalb war die schließliche Rückkehr zum alten Bundestag gleichsam die Rettung der „deutschen Einheit“. Mit Recht konnte der Erzherzog von sich behaupten, daß er im vergangenen Jahr die Fürsten gerettet habe, die ihm nun mit Undank lohnten, und daß er ein einiges Deutschland zu gründen gehofft hatte, und daß ein zerrissenes Deutschland das Ergebnis sei. Nachdem er am 20. Dezember 1849 sein Amt als Reichsverweser endgültig niedergelegt und den Rest seiner ehemaligen Machtbefugnisse den von den Regierungen des Deutschen Bundes bestimmten Kommissären übergeben hatte⁷⁰, schied er von der Frankfurter Bevölkerung, die ihm ihre Anhänglichkeit und Treue unverändert bewahrt hatte, mit den schlichten Worten: „Was ich selber tun konnte, habe ich redlich erstrebt. Habe ich auch bei unheilvollen Gelegenheiten mit fester Hand eingreifen müssen, was ich vor allem befördern wollte, das war doch immer Versöhnung“⁷¹.

Als Johann dem König Friedrich Wilhelm IV. sein Scheiden vom Amte des Reichsverwesers anzeigte, da legte er diesem angesichts der ernstesten Spannung, die die Unionspolitik Preußens zuletzt hervorgerufen hatte, dringend nahe, „die Eintracht zwischen Preußen und Österreich zu erhalten, itzt, wo so manche, um ihre Zwecke zu erreichen, rastlos alle Mittel anwenden, um eine feindselige Trennung zu bewirken. Die Eintracht darf niemals gestört werden, jene Freundschaft, welche durch eine lange Reihe von Jahren so während schirmte, nie erkalten. Wenn auch in manchen Dingen vielleicht verschiedene Ansichten herrschen können, so dürfen diese niemals einen Anlaß zu Spaltungen geben, denn von dem festen, treuen Zusammenhalten beider Reiche hängt die Ruhe Europas, hängt die Schlichtung des Kampfes zwischen Erhaltung und Umsturz ab“⁷². Aber der Friede zwischen Österreich und Preußen war fortan gründlich gestört, wenn auch seit 1850/51 der alte Zustand im Deutschen Bund hergestellt war. Das Jahr 1848/49 hat zum erstenmal die Gegensätze, die bei der deutschen Einigung zu überwinden waren, mit voller Schärfe herausgearbeitet und die verschiedenen

Lösungsmöglichkeiten des Einheitsproblems greifbar gezeigt. „Es hat der deutschen Entwicklung einen Antrieb gegeben, der keine Ruhe mehr ließ“⁷³.

Kaum 100 Jahre sind seit jenen denkwürdigen Ereignissen verflossen, und wir stehen heute in einer völlig veränderten Welt. Vieles von dem, was 1848/49 erhofft, und noch viel mehr von dem, was damals befürchtet wurde, ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Erschüttert beklagen wir Alten, die wir noch das alte Österreich in seinem letzten Glanz und dann in seinem Todeskampf geschaut haben, seinen Untergang. Wer das letzte Jahrhundert österreichischer Geschichte vor seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, versteht den Ausspruch eines der führenden Staatsmänner Österreichs im Sturmjahr, des Freiherrn Johann Philipp von Wessenberg, der erklärte, als er gefragt wurde, ob er sein reiches Leben nicht selbst schildern wolle: „Ich liebe mein Vaterland zu sehr, um seine Geschichte zu schreiben“⁷⁴. Allein, der Historiker trachtet ja, hinter dem äußeren Bilde der Menschheitskatastrophen auch den Kräften nachzuspüren, die nach neuen Lebensformen ringen. Die Republik Österreich hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens eindrucksvolle Beweise ihres Lebenswillens an den Tag gelegt und auch Taten gesetzt, die der glorreichen Vergangenheit Österreichs würdig sind. Sie bekennt sich stolz zu den Idealen der Freiheit und Menschenwürde, um die die Acht- undvierziger gerungen haben. Unvergessen soll gerade im „Steirischen Gedenkjahr“ bleiben, daß es der „steirische Prinz“ war, der durch sein ganzes Leben und Wirken zum Bannerträger des Humanitätsgedankens wurde. Ein politisches Flugblatt aus dem Jahre 1848⁷⁵ zeigt eine Schnellwaage, auf deren einen Schale mehrere Herrscherkronen liegen, auf der anderen, die stark unter dem Gewicht nach unten ausschlägt, ist nur der Steirerhut Erzherzog Johanns zu sehen, und unter dem Ganzen sind die bezeichnenden Worte zu lesen: „Er wiegt mehr als sie alle.“ Wenn heute, in unserem Zeitalter der Demokratie, alle Berufsstände unseres Volkes dankerfüllt zum Bilde des kaiserlichen Prinzen emporblicken, so kann das im Sinne des bekannten Ausspruchs Heinrichs von Gagern geschehen:

„Nicht weiles, sondern obgleich es ein Fürst ist.“

Anmerkungen

¹ Vortrag bei der Jahreshauptversammlung des Vereines am 19. Februar 1959, für die Drucklegung erweitert und mit Quellenangaben versehen.

² Hans Herzfeld, *Die moderne Welt 1789—1945*, G.-Westermann-Verlag, 2. Auflage (1957), I. Teil, S. 128 ff. — Zu den Wandlungen der Beurteilung der deutschen Revolution 1848—1849 s. auch Veit Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution von 1848—1849*, zwei Bände (Berlin, 1930/31), II. Band, S. 595 ff.

³ Herzfeld a. a. O., S. 134.

⁴ Friedrich Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates*. Ferner: Carl Petersen, *Volk, Nation, Staat, Sprache* (Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung, Jg. 2, 1931/32, Heft 5/6, S. 193 ff.); Hans Freyer, *Der politische Begriff des Volkes* (ebendort, Jg. 3, 1933, Heft 5, S. 193 ff.).

⁵ Herzfeld a. a. O., S. 134 f.

⁶ Alexander Scharff, *Die europäischen Großmächte und die deutsche Revolution. Deutsche Einheit und europäische Ordnung 1848—1851* (Leipzig, 1942), S. 6.

⁷ Valentin a. a. O., I, S. 468 ff. und 514 ff.

⁸ Josef Pritz, Franz Werner — *Ein Leben für Wahrheit und Freiheit*, Verlag Herder, Wien, 1957, S. 54 ff.; Rudolf Kiszling, *Die Revolution im Kaisertum Österreich 1848—1849*, zwei Bände (Universum Wien, 1948), I, S. 123 f., s. auch S. 58 und 64.

⁹ Kiszling a. a. O., S. 123 f., dazu ferner Wilhelm Schübler, *Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament* (Berlin-Leipzig, 1913), S. 6 f.

¹⁰ Ebendort (Kiszling).

¹¹ Kiszling a. a. O., S. 64 f.

¹² Valentin, II, S. 11; Fr. Schnabel, *Deutschland in den Wandlungen des letzten Jahrhunderts*. Leipzig, 1925, S. 126.

¹³ Ebendort (Valentin).

¹⁴ Valentin, S. 36 ff.; über die Anfänge des „Preußisch-deutschen Problems“, F. Meinecke a. a. O., S. 325 ff., insbesondere s. „Heinrich v. Gagerns Werbung um Preußen“ (S. 380 ff.).

¹⁵ Paul Wentzke, *Die erste deutsche Nationalversammlung und ihr Werk. Ausgewählte Reden* (München, 1922), S. 59 ff. Diese Arbeit stützt sich in erster Linie auf F. Wigards stenographischen Bericht über die Verhandlungen der Nationalversammlung (9 Bände und 1 vollständiges Inhaltsverzeichnis, Frankfurt a. M., 1848/49 und 1850). Siehe auch *Stenogr. Ber.*, Bd. 1, S. 402 ff.

¹⁶ Siehe Anm. 14.

¹⁷ Ebendort.

¹⁸ Herzfeld a. a. O., S. 138.

¹⁹ H. Srbik, *Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz* (zwei Bände), I, S. 359 ff.

²⁰ Über ihr Schicksal berichtet der Biograph Erzherzog Johanns, Viktor Theiß (Erzherzog Johann, der steirische Prinz, Graz 1950. Eine Neuauflage ist in Vorbereitung.). Ein großer Teil der Tagebücher und Briefe Erzherzog Johanns wurde 1945 durch Kriegseinwirkungen vernichtet. Veröffentlichungen aus dem Briefwechsel bei Theiß a. a. O., ferner durch Anton Schlossar („Ungedruckte Briefe Erzherzog Johanns aus Frankfurt a. M. von 1848 und 1849“ in „Deutsche Revue“, 1910/I—II, S. 96, 354, 87) und Georg Küntzel („Briefwechsel zwischen König Friedrich Wilhelm IV. und dem Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich — 1848—1850“ in „Historisch-politische Bücherei“, Heft 4, Frankfurt a. M., 1924).

²¹ H. Srbik, *Metternich — Der Staatsmann und der Mensch* (drei Bände), II, S. 263, 282. — Die im Raum 9 der „Erzherzog-Johann-Gedächtnisausstellung“ 1959 in Graz zur Besichtigung aufgelegten Archivalien enthalten zahlreiche zum Thema

gehörige Stücke und diese konnten vom Verfasser dieses Vortrags vor dessen Drucklegung noch eingesehen werden, vgl. den Katalog der Ausstellung (2. Auflage), und zwar auf S. 294 ff. („Das Jahr 1848 in Österreich — Der deutsche Reichsverweser“ von Oberarchivrat Dr. Wolfgang Sittig). — Auch auf die von Grete Scheuer besorgte Ausgabe von Berichten und Aufsätzen verschiedener Nachrichtenblätter, die unter der Überschrift „Johann von Österreich im Licht der Presse“ erschienen ist (herausgegeben vom Steirischen Schriftstellerbund zum Gedenkjahr 1959), sei verwiesen, insbesondere auf die Seiten 163 bis 203.

²² Darauf hat erstmals Prof. Dr. H. Zwiedineck-Südenhorst auf Grund seiner Forschungen im Meransen Archiv hingewiesen („Deutsche Geschichte von der Auflösung des alten bis zur Errichtung des neuen Kaiserreiches 1806—1871“ in drei Bänden, Stuttgart-Berlin, 1897—1905, II, S. 383 ff.).

²³ Zwiedineck a. a. O., II, S. 448 f.

²⁴ Ebendort, S. 452 f. Der Brief ist im Katalog der „Erzherzog-Johann-Gedächtnisausstellung“, S. 332 f., abgedruckt.

²⁵ Dazu wieder Zwiedineck a. a. O., S. 453, und dann Valentin a. a. O., II, 81 ff.

²⁶ Adolf Rapp, *Großdeutsch — Kleindeutsch. Stimmen aus der Zeit von 1815 bis 1914*. (München, 1922), S. XXII f.

²⁷ Valentin a. a. O., II, S. 304 ff.

²⁸ A. Rapp, *Das österreichische Problem in den Plänen der Kaiserpartei von 1843* (Studien zur Geschichte der nationalen Bewegung in Deutschland, I. Heft, Tübingen, 1919); derselbe, *Großdeutsch — Kleindeutsch*, S. XXII f.; H. G. Telle, *Das österreichische Problem im Frankfurter Parlament im Sommer und Herbst 1848* (Dissertation, Marburg, 1933); Willy Andreas, *Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens* (Stuttgart-Berlin, 1924).

²⁹ Valentin, II, S. 130 ff.; Srbik, *Deutsche Einheit*, I, S. 362.

³⁰ Siehe Anm. 28; ferner W. Schübler, s. Anm. 9.

³¹ A. Scharff a. a. O., S. 96.

³² Valentin, II, S. 157 ff.

³³ Theiß a. a. O., S. 85.

³⁴ Scharff, S. 96 f.

³⁵ Zwiedineck, II, S. 476 f.

³⁶ Valentin, II, S. 28. — Zur Fehlbeurteilung Erzherzog Johanns ebendort, S. 81 ff. und S. 185 f.

³⁷ Valentin, S. 303 ff.; Rapp, *Das österreichische Problem*, S. 28 ff.; Telle a. a. O., S. 87 ff.; W. Schübler a. a. O., S. 32 ff.; J. Pritz, Franz Werner (siehe Anm. 8), S. 61 ff.

³⁸ Telle, S. 90 ff.; Rapp, *Das österreichische Problem*, S. 30 ff.; Srbik, *Deutsche Einheit*, I, S. 369.

³⁹ Srbik a. a. O., I, S. 374.

⁴⁰ H. Friedjung, *Österreich von 1848 bis 1860* (zwei Bände, Stuttgart-Berlin, 1908), I, S. 123 ff.; Schübler, S. 60 ff., 72 ff.; H. v. Gagerns Rede vom 26. Oktober 1848 bei Wentzke a. a. O., S. 135 ff.; *Stenogr. Ber.*, Bd. 4, S. 2754 ff. Zu Mühlfelds Zusatzantrag: M. betonte, daß das völkerrechtliche Bündnis eine Fülle haben könne, die das Verhältnis des Staatenbundes dem des Bundesstaates sehr nahe bringt (*Stenogr. Ber.*, Bd. 4, S. 2854).

⁴¹ Schübler, S. 66 f.; *Stenogr. Ber.*, Bd. 4, S. 2848 f.

⁴² Kiszling, I, S. 339.

⁴³ Kiszling a. a. O.

⁴⁴ Abgedruckt von A. Schlossar, *Deutsche Revue* 1910/I, S. 355.

⁴⁵ *Deutsche Revue* 1910/I, S. 356 f.

⁴⁶ Kiszling, II, S. 125; Friedjung, I, S. 168 ff.

⁴⁷ Srbik, *Deutsche Einheit*, I, S. 390 f.; Kiszling, II, S. 125.

⁴⁸ Srbik a. a. O., S. 391 f.; Rapp, *Das österreichische Problem*, S. 107 f.

⁴⁹ Z. B. Friedrich Wilhelms IV. Brief an Johann vom 18. November 1848, abgedruckt von Küntzel a. a. O., S. 9 ff.

⁵⁰ Friedjung, I., S. 185 ff.; Valentin, II., S. 310 f.

⁵¹ Friedjung, I., S. 170 f.

⁵² Srbik, S. 397 f.

⁵³ Srbik, S. 395; Valentin, II., S. 309 ff.

⁵⁴ Valentin, II., S. 311 f.; S. 358 ff.; Srbik, I., S. 411.

⁵⁵ Deutsche Revue, 1910/I., S. 358.

⁵⁶ Valentin, II., S. 359.

⁵⁷ Srbik, S. 419; Valentin, S. 360 f.

⁵⁸ Valentin, S. 361.

⁵⁹ Katalog der „Erzherzog-Johann-Gedächtnisausstellung“ 1959, S. 359.

⁶⁰ Srbik, S. 420 f.; Valentin, S. 369 f.

⁶¹ Valentin, S. 370; Srbik, S. 431.

⁶² Valentin, S. 370 f.

⁶³ Valentin, S. 372.

⁶⁴ Valentin, S. 373; Friedjung, S. 197 f.

⁶⁵ Valentin, S. 375.

⁶⁶ Das Schreiben des Kaisers bei Zwiedineck a. a. O., III., S. 77 f., ein Brief Schwarzenbergs an den Reichsverweser im Katalog der „Gedächtnisausstellung“, S. 362.

⁶⁷ Valentin, S. 373 f.; S. 547.

⁶⁸ Valentin, S. 461 ff.; S. 547.

⁶⁹ Deutsche Revue 1910/II., S. 94 f.: Brief vom 11. Dezember 1849, vgl. auch Brief vom 4. April 1849 auf S. 89 f.; dazu Srbik, I., S. 448, und Valentin, II., S. 590.

⁷⁰ Katalog (Gedächtnisausstellung), S. 368 f.

⁷¹ Theiß a. a. O., S. 87.

⁷² Bei Küntzel a. a. O., S. 65 ff.

⁷³ Rapp, Großdeutsch — Kleindeutsch, S. XXXIII; vergl. auch R. F. Kaindl, 1848/49—1866—1918/19, München, 1920, und von demselben: „Österreich-Preußen-Deutschland“ (Wien-Leipzig, 1926).

⁷⁴ Friedjung a. a. O., I., Einleitung (S. VIII).

⁷⁵ Anton Schlossar, Erzherzog Johann von Österreich. Sein edles Leben und sein segensreiches Wirken. Mit Benutzung des handschriftlichen und künstlerischen Nachlasses des Erzherzogs (Graz-Wien, 1908), S. 210.